

## **Antrag**

**der Abgeordneten Heike Hänsel, Jan van Aken, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Christine Buchholz, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.**

### **VI. EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel in Madrid: Den Aufbruch zur zweiten Unabhängigkeit Lateinamerikas solidarisch unterstützen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der VI. EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel im Mai 2010 in Madrid findet in einer Zeit statt, in der Lateinamerika den 200. Jahrestag des Beginns seiner Unabhängigkeit begeht. 200 Jahre nach dem erfolgreichen Kampf um die Unabhängigkeit brechen die Menschen dieses Kontinents nun auf, um ihre Eigenständigkeit zu vollenden. Ihr Kampf um „die zweite Unabhängigkeit“ hat die volle wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Souveränität zum Ziel.
  - Die neoliberalen Wirtschafts- und Entwicklungsstrategien, die der Westen in den letzten Jahrzehnten in Lateinamerika durchgesetzt hat, haben zur massiven sozialen Desintegration, zu Hunger und Armut beigetragen, sie haben die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Norden verstärkt und die selbsttragende, nachhaltige Entwicklung der lateinamerikanischen Gesellschaften blockiert. Unterstützt von einer breiten sozialen Mobilisierung an der Basis gegen den Neoliberalismus und im Bestreben um eine alternative Politik, die die bislang ausgeschlossenen Teile der Bevölkerung am ökonomischen Fortschritt und an politischen Entscheidungen beteiligt, haben sich in fast allen Ländern Südamerikas und in einigen Ländern Mittelamerikas und der Karibik linke oder Mitte-Links-Regierungen etabliert. In anderen Ländern entwickeln sich starke linke Bewegungen als Alternative zur herrschenden Politik.
  - Neue regionale Integrationsprojekte geben einem neuen Selbstbewusstsein und einem verstärkten Unabhängigkeitsstreben in Lateinamerika Ausdruck. Auf dem „Gipfel der Einheit“ in Mexiko Anfang 2010 beschlossen sämtliche lateinamerikanischen und karibischen Staaten die Schaffung eines kontinentalen Staatenbündnisses ohne die Beteiligung der USA und Kanadas.
  - Die Bolivarianische Allianz für Amerika (ALBA), der seit der Gründung durch Venezuela und Kuba im Jahr 2004 noch Bolivien, Nicaragua, Ecuador, Honduras sowie die karibischen Inselstaaten Dominica, Antigua und Barbuda und St. Vincent und die Grenadinen beigetreten und mit der

viele weitere Länder durch Abkommen verbunden sind, bietet sich als attraktives Modell für eine solidarische Süd-Süd-Kooperation an.

- Die zunehmende Kooperation von ALBA mit dem ökonomisch stärksten Staatenbund Südamerikas MERCOSUR, dem sie über die Doppelmitgliedschaft von Venezuela, den Beobachterstatus der MERCOSUR-Mitglieder Paraguay und Uruguay bei ALBA sowie durch zahlreiche Kooperationsabkommen mit einzelnen MERCOSUR-Mitgliedern verbunden ist, trägt zur Vertiefung und Verfestigung der regionalen Integration und zur ökonomischen Eigenständigkeit Lateinamerikas bei.
  - Mit der Gründung regionaler Entwicklungsbanken wie der Banco del Sur und der Banco de ALBA und der Einrichtung der gemeinsamen Währung „Sucre“ erweitern sich die Spielräume für eine selbständige Entwicklung und verringern sich die Möglichkeiten zur Einflussnahme durch die von den USA und der Europäischen Union beherrschten multilateralen Banken.
  - Im Rahmen der ALBA wird ein komplementärer Austausch von Waren und Dienstleistungen organisiert, der Spielräume staatlicher Wirtschaftspolitik ausbaut, die ungleiche Behandlung von unterschiedlich entwickelten Partnern und den ungehinderten Wissens- und Technologietransfer ermöglicht. Regionale Integrationsprojekte und solidarische Zusammenarbeit haben bereits viel zur Überwindung von Armut in Lateinamerika beigetragen: Kubanische Lehrerinnen und Lehrer, Ärztinnen und Ärzte arbeiten in vielen lateinamerikanischen Ländern; im Rahmen der Energie-Integration wird venezolanisches Öl und Gas zu günstigen Konditionen an die Partnerländer geliefert.
  - Auf der Geberkonferenz für Haiti, die am 31. März 2010 am Sitz der Vereinten Nationen stattfand, trat Venezuela als größter bilateraler Geber auf. Insgesamt sagte ALBA Hilfe in Höhe von 2,4 Mrd. US-Dollar zu.
2. Das Selbstbewusstsein der lateinamerikanischen Regierungen drückte sich auf den EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfeltreffen in Wien (EULAC 2006) und Lima (EULAC 2008) darin aus, dass sie sich den Freihandelszielen der Europäischen Union verweigerten und die Vorstellung von einem europäischen Vorbild in Sachen Demokratie für Lateinamerika zurückwiesen. Vor dem EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfeltreffen 2010 in Madrid haben sich die Auseinandersetzungen um den künftigen Entwicklungsweg in Lateinamerika und den Charakter der biregionalen Beziehungen deutlich zugespitzt.
- Die Europäische Union beabsichtigt, auf dem Gipfel ein Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru und ein Assoziierungsabkommen mit den Staaten Zentralamerikas zu unterzeichnen. Nachdem die ALBA-Staaten Bolivien und Ecuador, die im Rahmen der Andengemeinschaft zunächst an den Verhandlungen mit der EU, Kolumbien und Peru teilgenommen haben, eigene Vorstellungen von einem Abkommen mit der EU formuliert hatten, setzte die EU die Verhandlungen lediglich mit Kolumbien und Peru fort und sprengte damit die Andengemeinschaft als regionales Integrationsprojekt auseinander.
  - Die Verhandlungsziele der Europäischen Union, die auf freien Marktzugang, das heißt Wettbewerb und Verdrängung, ausgerichtet sind, stehen im klaren Gegensatz zu den politischen und wirtschaftlichen Integrationsprozessen in Lateinamerika. In den betroffenen Ländern protestieren Gewerkschaften und soziale Organisationen gegen die negativen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen, die von den Abkommen zu erwarten sind, und wie sie im Falle vergleichbarer Abkommen, etwa des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko, nachzuvollziehen sind. Ihre Kritik bezieht sich auf die vorgese-

hene weitere Liberalisierung des Handels sowie auf die Öffnung der Daseinsvorsorge für den globalen Wettbewerb, weil dadurch die Handlungsspielräume der lateinamerikanischen Regierungen erheblich eingeschränkt und insbesondere das Bemühen um Agrarreformen, die Herstellung von für Ernährungssouveränität und die Entwicklung eigenständiger Produktionskreisläufe untergraben werden. Frauenorganisationen in Lateinamerika befürchten, dass die Freihandelsabkommen zu einer weiteren Verschlechterung der Situation von Frauen, speziell in der Textil- und Landwirtschaft, beitragen werden.

- Im Falle von Kolumbien kommt hinzu, dass der Abschluss eines solchen Abkommens die Politik der sogenannten Demokratischen Sicherheit der Regierung von Álvaro Uribe und die damit verbundenen systematischen Menschenrechtsverletzungen unterstützt und befördert.
- Die Regierung von Honduras, das als ALBA-Land an den Verhandlungen zwischen EU und Zentralamerika beteiligt war, wurde am 28. Juni 2009 durch einen Putsch gestürzt, woraufhin die Assoziierungsverhandlungen zunächst gestoppt wurden. Nach der Wahl einer neuen honduranischen Regierung unter den illegitimen Bedingungen des Putschregimes und dem Austritt von Honduras aus der ALBA hat die EU die Verhandlungen nun wieder aufgenommen. Der Deutsche Bundestag protestiert aufs Schärfste dagegen, dass auf diese Weise der Putsch nachträglich legitimiert wird, obwohl die Menschenrechtsverletzungen, die unter dem Putschregime von Roberto Micheletti begangen wurden, nicht aufgearbeitet und geahndet werden und obwohl auch unter der neuen Regierung des Staatsoberhauptes Porfirio Lobo Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind.
- Der Putsch in Honduras, dessen halbherzige Verurteilung durch die EU und die USA und die Anerkennung der neuen, aus illegitimen Wahlen hervorgegangenen Regierung durch zahlreiche Staaten haben die Gefahr weiterer Putsch in Lateinamerika erhöht. In zahlreichen lateinamerikanischen Staaten bestehen Seilschaften aus der Zeit der Militärdiktaturen fort und es eskalieren die Konflikte zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern, indigener Bevölkerung und Landlosenorganisationen auf der einen und Oberschicht, Militär, kriminellen und paramilitärischen Gruppen auf der anderen Seite.
- Die Programme der USA zur Drogenbekämpfung in Lateinamerika weisen deutliche Züge der Aufstandsbekämpfung auf und tragen zur Verstärkung und Militarisierung innerer und zwischenstaatlicher Konflikte bei. Auch die Bundesregierung unterhält Kooperationsprogramme mit den Streitkräften zahlreicher lateinamerikanischer Staaten, darunter Mexiko, in denen teilweise bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Dies ist umso schwerwiegender, als die fortschreitende Militarisierung Mexikos von Menschenrechtsorganisationen als eine der größten Bedrohungen für die Menschenrechte in diesem Land betrachtet wird.
- Das schwierige Nachbarschaftsverhältnis zwischen Kolumbien und Venezuela wird durch die massive Präsenz US-amerikanischer Streitkräfte in Kolumbien weiter angeheizt und führt zunehmend zu Spannungen in der gesamten Region. An der militärischen Einkreisung Venezuelas durch die USA sind auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union, namentlich die Niederlande und Frankreich, beteiligt, die zivile und militärische Einrichtungen in ihren Überseedepartements (Französisch-Guayana) bzw. autonomen Landesteilen (Niederländische Antillen und Aruba) den US-Streitkräften zur Verfügung stellen.
- Nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti wurde die humanitäre Herausforderung durch den Aufmarsch von zeitweise über 20 000 US-Soldaten,

die Entsendung einer Gendarmerie-Mission der EU und die weitere Aufstockung der UN-Militärmission MINUSTAH (Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti) sicherheitspolitisch und militärstrategisch instrumentalisiert. Lateinamerikanische Nachbarstaaten und viele internationale Nichtregierungsorganisationen in Haiti kritisierten diese Militarisierung des Hilfeinsatzes.

- Die Resolution des Europäischen Parlaments vom 11. März 2010 zur Lage der politischen Häftlinge und der Gefangenen aus Gesinnungsgründen in Kuba ist ein aggressiver Akt gegen Kuba, nicht mit dem Völkerrecht vereinbar und deshalb scharf zurückzuweisen.
  - In der Auseinandersetzung um die Ursachen und Folgen des Klimawandels sowie die geeigneten Maßnahmen dagegen wurden auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen im Dezember 2009 die Interessensgegensätze zwischen USA und Europäischer Union einerseits und den Entwicklungsländern, die durch die Präsidenten der ALBA-Staaten eine vernehmbare Stimme erhielten, andererseits deutlich. Die Industrieländer zeigten sich nicht bereit, angemessen auf die Kompensationsforderungen der Länder des Südens, die am stärksten unter den Folgen des hauptsächlich von den industrialisierten Staaten des Nordens verursachten Klimawandels leiden, einzugehen und schlossen diese systematisch von wichtigen Beratungen aus. Als Reaktion darauf lud die bolivianische Regierung für den 20. bis 22. April 2010 zur „Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde“ nach Cochabamba in Bolivien ein, um dort die strukturellen und systemischen Ursachen des Klimawandels zu analysieren und Maßnahmen zu seiner Bekämpfung vorzuschlagen.
  - Die Richtlinie über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger der EU hat in Lateinamerika heftige Proteste hervorgerufen und die Thematik der Migration aus einer Gegend in das öffentliche Bewusstsein gerückt, die noch bis Mitte der 1970er Jahre selbst eine klassische Einwanderungsregion war. Boliviens Präsident Evo Morales kritisierte das Votum der EU als „Verbrechen gegen das Leben und die Menschheit“ und sprach von einer „Richtlinie der Schande“: „Obwohl man uns sabotiert, beraubt, erniedrigt, gehasst und ausgebeutet hat, wurde in den letzten 500 Jahren niemals eine Entscheidung für Abschiebungen gefasst.“ Die argentinische Staatschefin Cristina Fernández sagte: „Es schmerzt uns besonders, dass heute die Lateinamerikaner diskriminiert werden, die in Europa neue Chancen suchen, so wie einst ihre Großeltern ihr Glück in Lateinamerika machten.“
  - Derzeit leben rund zwei Millionen Lateinamerikanerinnen und Lateinamerikaner irregulär in Europa, die Mehrzahl in Spanien. Von den rund 250 000 in Spanien lebenden Bolivianerinnen und Bolivianern haben 65 000 eine Aufenthaltsgenehmigung, ähnlich verhält es sich bei den 500 000 Ecuadorianerinnen und Ecuadorianern. Sie fordern eine Teilhabe am Wohlstand und ein Leben in Würde und kämpfen so gegen globale Ungerechtigkeit. Darüber hinaus sind sie eine wichtige wirtschaftliche Stütze für ihre zurückgebliebenen Familien. Ihre Rücküberweisungen erreichen direkt die armen Menschen und Gemeinden in den Herkunftsländern und erhöhen bedeutend deren Einkommen.
- II. Der Deutsche Bundestag würdigt den Umstand, dass Lateinamerika ein atomwaffenfreier Kontinent ist und spricht sich dafür aus, dass diese Vorleistung der lateinamerikanischen Länder auf der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag gewürdigt und durch tatsächliche Abrüstungsinitiativen der Atommächte beantwortet wird.

III. Der Deutsche Bundestag ruft die Regierungen Europas und Nordamerikas dazu auf, ihre Verantwortung für 500 Jahre koloniale und postkoloniale Ausbeutung in Lateinamerika, aus der ein großer Teil unseres Wohlstands resultiert, anzuerkennen, als Konsequenz daraus nach geeigneten Wegen für die Ableistung von Kompensationszahlungen an die lateinamerikanischen Staaten zu suchen und sich bei den Völkern Lateinamerikas für koloniale Unterdrückung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu entschuldigen.

Der Reichtum in Europa beruht zu großen Teilen auf der Ausplünderung und Ausbeutung der indigenen Bevölkerung in vielen Teilen Lateinamerikas. „Europäische Kultur“ hieß für Hunderttausende Indigene in Lateinamerika Sklavenarbeit, Folter und Verstümmelung, Alkohol und Massenerkrankheiten; Zerstörung gewachsener Sozialstrukturen sind nur ein Teil der Folgen. Es waren Europäer, die den indigenen Völkern ihre Kunst und Kultur raubten, Gold und andere Wertgegenstände nach Europa verschleppten und mit Feuer und Schwert europäische Religionen an die Stelle der indigenen Glaubensgemeinschaften setzten. Europäer und die Kirche sind in einem hohen Maße an den Menschen Lateinamerikas schuldig geworden. Der Ausplünderung und physischen Vernichtung in der ersten Welle folgte eine Kolonialisierung und Ausplünderung, mit der Gesellschaftsstrukturen in Lateinamerika zu Gunsten europäischer und nordamerikanischer Vorherrschaft verschoben wurden. Bis heute ist im Gedächtnis der Völker Lateinamerikas verankert, dass diktatorische und faschistische Regime von den USA und von europäischen Ländern anerkannt und gestützt wurden. Die blutige Kette reicht von Pinochet in Chile, der Schreckensherrschaft der Generäle in Argentinien, den Militärdiktaturen in Brasilien und Uruguay bis zu den autoritären Herrschaften in Paraguay, El Salvador, Guatemala und Nicaragua. Über lange Zeit galt: „Was gut ist für die United Fruit, ist gut für Lateinamerika und ist im Sinne der USA“. Die Zeit der Militärdiktaturen in Lateinamerika geht zu Ende. Doch auch heute noch werden den Völkern Lateinamerikas wichtige Lebensgrundlagen geraubt: Die Regenwälder werden abgeholzt, auf Saatgut und Pflanzen und ihre Gene werden Patente erhoben, die vielfältige Tierwelt Lateinamerikas ist von Ausrottungen bedroht. Was in der Vergangenheit die United Fruit war, sind heute Saatgut- und Düngerkonzerne wie Monsanto.

IV. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. innerhalb der Europäischen Union dafür zu werben, dass auf der Grundlage bereits vorliegender Vorschläge einiger zentralamerikanischer Regierungen ein Kompensationsfonds eingerichtet wird, aus dem lateinamerikanische Staaten in Eigenverantwortung Projekte zum Klimaschutz und für ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung finanzieren können;
2. darauf zu achten, dass die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union keinen Vorrang vor den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Rechten der Menschen in Lateinamerika erhalten und in diesem Sinne
  - a) jegliche Schritte zu unterlassen, welche als Anerkennung der De-facto-Regierung unter Porfirio Lobo in Honduras gewertet werden können, und innerhalb der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass die Assoziierungsverhandlungen mit Zentralamerika nicht zum Abschluss gebracht werden,
  - b) darauf hinzuwirken, dass die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens der Europäischen Union mit Kolumbien und Peru gestoppt wird,
  - c) darauf hinzuwirken, dass neue alternative Verhandlungsmandate für wirtschaftliche Abkommen in der EU ausgehandelt werden und dann erst Verhandlungen mit der gesamten Andenregion und Zentralamerika unter

- Berücksichtigung der Vorstellungen der Bevölkerung aufgenommen werden,
- d) die kolumbianische Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte aufzurufen, den Schutz von Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten einzufordern und sich für eine politische Verhandlungslösung der gewaltsamen Konflikte in Kolumbien einzusetzen,
  - e) die entwicklungs- und menschenrechtlichen Auswirkungen der bereits bestehenden Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit lateinamerikanischen Staaten einer kritischen Überprüfung zu unterziehen,
  - f) innerhalb der Europäischen Union daraufhin zu wirken, dass Verhandlungen mit lateinamerikanischen Staatengruppen transparent und partizipativ gestaltet und die Verhandlungsziele der EU-Kommission so gefasst werden, dass sie auf das Recht auf selbstbestimmte Entwicklung und auf den Schutz der politischen, kulturellen, sozialen und ökologischen Rechte aller Betroffenen ausgerichtet sind,
  - g) innerhalb der EU klarzustellen, dass gewaltsame und illegitime Formen der Machtübernahme nicht mit stillschweigender Duldung durch die EU rechnen können;
3. die Erfolge der progressiven Sozialpolitik im Inneren der Gesellschaften und der gegenseitigen Hilfe der ALBA-Staaten anzuerkennen und zu unterstützen und in diesem Sinne
- a) darauf zu bestehen, dass sich die deutschen politischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen in Lateinamerika strikt im Rahmen der Handlungsbedingungen der einzelnen Länder bewegen und sich jeglicher Destabilisierung, wie zum Beispiel durch die „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ in Honduras geschehen, enthalten,
  - b) die Integrationsprozesse, die sich im Rahmen von ALBA und anderen regionalen Bündnissen und Initiativen vollziehen, positiv aufzugreifen und zu fördern und entsprechend keine Freihandelsabkommen durchzusetzen, die dieser Integration entgegenstehen,
  - c) bei den Verhandlungen mit den Staaten des MERCOSUR keine Verhandlungsziele zu verfolgen, die einer weiteren Integration zwischen MERCOSUR und ALBA entgegenstehen,
  - d) die lateinamerikanischen Bemühungen um eine neue regionale Finanzarchitektur, die unabhängig vom US-Dollar als Leitwährung und der Einflussnahme durch die multilateralen Banken funktioniert, zu unterstützen und sich international für ein neues, von nationalen Währungen unabhängiges Weltwährungssystem einzusetzen,
  - e) sich für die Streichung sämtlicher Schulden Haitis bei multilateralen Banken sowie die Prüfung sämtlicher Verbindlichkeiten lateinamerikanischer Staaten auf ihre Legitimität und die Streichung aller illegitimen Schulden einzusetzen,
  - f) Bemühungen lateinamerikanischer Regierungen um eine gerechte Agrarreform, die für bislang davon ausgeschlossene ländliche Bevölkerungsschichten den Zugang zu Land ermöglicht und somit die Nahrungsmittelsicherheit stärkt, zu unterstützen,
  - g) die Ernährungssouveränität der lateinamerikanischen Staaten dadurch zu unterstützen, dass die Entwicklung ländlicher Produktion befördert und diese vor Dumpingkonkurrenz aus der Europäischen Union geschützt wird,

- h) in der Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika die Koordinierung mit den lateinamerikanischen Gebern (Kuba, Venezuela, Banco Sur) zu suchen und insbesondere das Engagement kubanischer Ärztinnen und Ärzte in Haiti und anderen Ländern zu unterstützen,
  - i) einen neuen partnerschaftlichen Dialog der EU mit Kuba herbeizuführen, der die Normalisierung der Beziehungen zum Ziel hat und auf den Systemänderungsanspruch endgültig verzichtet,
  - j) die USA aufzufordern, sofort und bedingungslos alle Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegen Kuba zu beenden, Kuba von der Liste der sogenannten Terror-Staaten zu streichen, den Stützpunkt Guantánamo an Kuba zurückzugeben und die unter dem Namen „Miami Five“ bekannt gewordenen kubanischen Häftlinge zu amnestieren und ihnen eine Rückkehr nach Kuba zu ermöglichen;
4. der Militarisierung innerer und zwischenstaatlicher Konflikte sowie einem Wettrüsten in der Region entgegenzuwirken und entsprechend
- a) die Verletzungen des venezolanischen Luftraumes durch die in Aruba und Curaçao stationierten US-Streitkräfte zu verurteilen, innerhalb der Europäischen Union sowie bilateral gegenüber Frankreich und den Niederlanden darauf zu drängen, dass diese für Operationen der US-amerikanischen Streitkräfte in Lateinamerika und der Karibik keine Einrichtungen und logistische Unterstützung mehr bieten sowie insgesamt eine Entspannung der sicherheitspolitischen Lage in der Region zu befördern,
  - b) die militärischen Kooperationsprogramme mit Argentinien und Chile sowie die militärische Ausstattungshilfe für Argentinien, Belize, Bolivien, Chile, Guatemala, Jamaika, Mexiko, Paraguay, El Salvador, Uruguay und Venezuela unverzüglich einzustellen,
  - c) dafür einzutreten, dass die Präsenz ausländischer Truppen in Haiti beendet und stattdessen eine zivile Aufbaumission der Vereinten Nationen nach Haiti entsandt wird;
5. die Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde, die auf der Weltklimakonferenz der Völker in Cochabamba verabschiedet wird, zur Kenntnis zu nehmen, sich öffentlich zu den darin enthaltenen Vorschlägen zu positionieren, die Erklärung zu einem Grundlagendokument für die Klimakonferenz in Bonn zu machen und darauf hinzuwirken, dass die Erklärung angemessene Berücksichtigung auf dem Weltklimagipfel in Mexiko Ende dieses Jahres findet;
6. in der energiepolitischen Zusammenarbeit mit Lateinamerika auf die sozial und ökologisch nachhaltige Förderung regenerativer Energien und lokaler Versorgungskreisläufe zu setzen und in diesem Sinne Abstand zu nehmen von der Atomkooperation mit Brasilien und den Import von Biokraftstoffen aus Lateinamerika und anderen Regionen des Südens nach Deutschland zu stoppen;
7. sich innerhalb der Europäischen Union für eine andere Migrationspolitik einzusetzen, die den Bedürfnissen der Migrierenden und den Entwicklungsinteressen der Herkunftsländer gerecht wird, und entsprechend
- a) die Visafreiheit für die lateinamerikanischen Staaten beizubehalten bzw. auf Länder wie Bolivien und Ecuador zu erweitern,
  - b) sich in der Europäischen Union für EU-weit abgestimmte Legalisierungsmöglichkeiten einzusetzen, die betroffene Migrantinnen und Migranten aus ihrer rechtlosen Situation befreien,

- c) in der Europäischen Union für die Abschaffung der Richtlinie über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger und dafür einzutreten, dass es in der EU keine Inhaftierungen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht sowie grundsätzlich kein Wiedereinreiseverbot für ausgewiesene bzw. abgeschobene Migrantinnen und Migranten für die EU geben darf,
  - d) bei der Schaffung legaler Einwanderungs- und Arbeitsmöglichkeiten dafür Sorge zu tragen, dass kein Niedriglohnsektor entsteht und hohe soziale Standards für alle Menschen in der EU geschaffen werden,
  - e) bei der Bekämpfung irregulärer Beschäftigung sicherzustellen, dass den beschäftigten Migrantinnen/Migranten nicht die Abschiebung oder andere Bestrafung droht, wenn sie sich gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zur Wehr setzen,
  - f) die Modalitäten des Geldtransfers von Migrantinnen und Migranten aus der EU in ihre Herkunftsländer zu vereinfachen.
- V. Der Deutsche Bundestag begrüßt die kritische Begleitung des EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfels durch die Zivilgesellschaften in Europa und Lateinamerika und die Ausrichtung des Gegengipfels „Enlazando Alternativas“ in Madrid.

Berlin, den 20. April 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**